

Informations-Dienst

zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten

ERSCHEINT WÖCHENTLICH

Nr. 138/139

21. AUGUST 1976



D1870CX

ZUR GEGENÖFFENTLICHKEIT IN DER BUNDESREPUBLIK

frankfurt	alternative zeitungen organisieren sich	-1-
köln	offener brief an das köln er volksblatt	-3-
frankfurt	sechs beispiele alternativer zeitungsjprojekte	-5-
frankfurt	der ID	-5-
münchen	das BLATT	-6-
aachen	Klenkes	-6-
konstanz	NEUE SEEBLÄTTER	-7-
stuttgart	s'Blättle	-8-
wuppertal	Ronsdorfer Zeitung	-9-
köln	Ein Prozeß um die freiheitlich demokratische Postzeitungsordnung	-9-
	Verzeichnis von Alternativ-Presse;Adressen	-10-
	Verzeichnis der Zeitungsinitiativen	-11-
	Alternative Pressedienste im Ausland	-11-
marseille	besucht die buchhandlung LIRE	-14-
augsburg	müsl von rapunzel,	-14-
wernges	Vogelsberger kunstgenossenschaft gegründet	-14-
frankfurt	Initiative "Bilderdienst im ID"	-15-

* frankfurter
* informationsdienst s.v.
* hamburger allee 45
* 6000 frankfurt 90
* tel. 0611/70 43 52

* postadresse :
* postfach 90 03 43
* 6000 frankfurt 90

* redaktionsschluß :
* donnerstag 20 uhr

kontaktzentren :

2000 hamburg
die hälfte des himmels
schlüterstr. 79
tel. 040/410 42 62

4630 hochim
politischer buchladen
im westenfeld
tel. 0234/70 23 36

5000 köln
der andere buchladen
zulpicher str. 197
tel. 0221/42 02 14

7400 tilingen
aktion politischer
buchladen
nauklerstr. 20
tel. 07071/23 393

8000 münchen
basis buchladen
adalbertstr. 41 b
tel. 0811/280 95 22

schweiz :
eco libro
8004 zurich
engelstr. 62
tel. 01/ 39 12 67

druck: druckladen

Einzelverkaufspreis:

1,50 mark incl. 5,5% mwst

vierteljahres-abo:
18 dm gegen vorauskaße
auf das postcheckkonto:
frankfurter
informationsdienst e.v.
6000 frankfurt 90
nr. 52 52 28 - 602
überweisen.
bitte genaue anschrift
und abnummer ange-
ben, gegebenenfalls
stichwort "neuabo" oder
"adressänderung".



GEGENÖFFENTLICHKEIT

„Enteignet Springer“ riefen wir oder unsere Vorfahren in heiseren Jahren. Daß sich diese Parole auf Zehnmarkscheinen, Buttons, mit Sprechchören und Teach-ins schnell und wirksam verbreitete, war ein Beispiel dafür, wie sich eine politische Bewegung ihre Kommunikation selbst organisiert. Was sich in den Aktionen und Diskussionen drumherum so alles tat, hat zwar Springers bedruckte Rottz- und Kottzüten nicht aus der Welt geschafft, aber es sind Stützpunkte einer neuen Art von Öffentlichkeit entstanden, die untereinander und miteinander eine Alternative zur herrschenden Bewußtlosigkeit bilden.

Gegenöffentlichkeit fängt ganz unten an: die Parole an der Mauer, das Transparent auf der Demonstration, die Diskussion mit den heißen Köpfen, am Arbeitsplatz, in der Wohnung – überhaupt der offen vorgenommene Versuch, sein Leben so einzurichten, daß man sich besser versteht und mehr zu sagen hat – das alles kann kein bürgerliches Medium zusammenbringen, das sind unsere Bedürfnisse, und deshalb müssen wir sie selbst organisieren. Es ist eine praktische Möglichkeit, die komplexe Zensur und Selbstzensur der bürgerlichen Medien offensiv zu unterlaufen, sich ihrer Entfremdung durch den Ausbau einer selbstbestimmten Gegenmacht zu widersetzen.

Für solche Ansätze gibt es Beispiele, seit es Freiheitsbewegungen gibt. Diese politische Kommunikation wurde und wird in gleichem Maße unterdrückt, wie der politische Widerstand, dessen Teil sie ist.

Die Medien der Gegenöffentlichkeit transportieren nicht nur die Abbilder der politischen Veränderung, sie setzen sie auch in ihrer inneren Struktur, in den eigenen Arbeitsbeziehungen und Verkehrsformen durch. Es gibt keine Trennung zwischen Machern und Konsumenten. Keine freischwebend rasonierenden Journalisten, sondern die Betroffenen selbst haben das Wort.

Was sich daraus alles ergab und ergibt, entstammte meist dem Augenblick, war für die jeweilige politische Situation geschaffen und änderte oft das Gesicht.

In England gab es in den dreißiger Jahren über hundert „Arbeiterwochen schauen“, die mit transportablen Kinos die Verbindung zwischen den im ganzen Land streikenden Arbeitern zusammenhielt. Um die deutsche „Arbeiter Illustrierte Zeitung“ (damals zweitgrößte Illustrierte) gab es einen organisierten Kreis von Arbeiterfotografen, die ihren Lebens- und Arbeitsbereich mit dem neuen Medium darstellten.

Die Wyhler Bürger, die den KKW-Bauplatz besetzten, entwickelten aus den Diskussionen im internationalen Freundschaftshaus bald eine eigene Zeitung „Was wir wollen“ (erscheint heute noch). Die Revolutionäre Zelle, die in Berlin U-Bahn-Fahrkarten nachdruckte, fand sogar ihren Weg auf den UKW-Kanal.

Spätestens unter den Bedingungen der Illegalität für alle, im Faschismus, stellt sich heraus, ob das Kommunikationsnetz des Widerstandes seine Funktion erfüllt. Die „Arbeiter Illustrierte Zeitung“ könnte bis 1938 erscheinen. Antifaschistische Propaganda wurde auch auf die Rückseite von Backpulverpackchen gedruckt!

In dem Maße, wie die Bundesrepublik auf die Vergangenheit zuseuert, wird auch eine subversive Kreativität aktuell, über die man das, was verboten ist, veröffentlicht kann.

In anderen Ländern gibt es bereits ein entwickelteres Netz der Gegenöffentlichkeit. In Frankreich hat sich die Tageszeitung Liberation durchgesetzt, in Zürich braucht man nur die richtige Nummer zu wählen und man hört die neuesten Gegennachrichten aus der Telefonzeitung. In England, Schweden und Holland gibt es eine Reihe illegaler Radiostationen, die mit ihren Sendungen mehr Leute erreichen, als es je eine Zeitung könnte. Beim Londoner Radio Concord sind es potentiell elf Millionen, die neben unbekannter neuer Musik und Features auch alternative Maklernachrichten hören können – z.B. über leerstehende und somit besetzungsfähige Häuser. In USA und Kanada entwickelt sich ein dezentrales Fernsehsystem.

Gegenöffentlichkeit läßt sich überall und zu jeder Zeit herstellen – ihre Formen und Ausdrucksmittel sind nur durch die Fantasie begrenzt.

Um aber nicht schutzlos und isoliert gegen den herrschenden Apparat zu sein, braucht man eine kontinuierlich funktionierende, politisch bewußte Infrastruktur. Das soll man auf keinen Fall zu einem abgeschlossenen Insekeldasein stilisieren.

Gegenöffentlichkeit als offensive Selbstverteidigung schließt auch Kontakte zur kritischen Leuten in den bürgerlichen Medien ein. Die kann man unterstützen ohne gleich seine Seele dem Teufel zu verschreiben.

Es gibt in der BRD und Westberlin mittlerweile eine ganze Reihe von Zeitschriften, Verlagen, Buchläden und informellen Kontakten, die zusammen eine sich ergänzende, wenn auch nicht bruchlose Einheit bilden. Einige aktuelle Exponenten, die keine Partei oder Finanzkassen hinter sich haben, möchten wir vorstellen.

(aus: Extra-Blatt über „Unterdrückung und Widerstand in der BRD - Zum 5.88a usw.“, das es noch massenhaft gibt beim Blatt, Adelgundenstr. 18, 8000 München 22).

ALTERNATIVE ZEITUNGEN ORGANISIEREN SICH

FRANKFURT (ID) Bis vor etwa einem Jahr waren die linken Zeitschriften dieser Art Einzelercheinungen, konnten sich noch beim Namen genannt werden. Innerhalb kurzer Zeit sind zwei Dutzend Zeitungsprojekte entstanden, die eine lokale bzw. regionale Öffentlichkeit erreichen können. Erst diese Entwicklung hat zum Sammelbegriff der Alternativzeitungen geführt. Kleinere bisher nicht so bekannte Stadtzeitungen und eine Menge neuer Projekte – durch die augenblickliche Entwicklung ermutigt – kamen dazu und bilden jetzt, zuzüglich einiger Initiativen, die Alternativ-Presse mit rund 70 Kollektiven in der BRD.

Differenzieren lassen sich die Zeitungen nach der Zielgruppe (für die Linke/bzw. darüber hinaus/ bzw. gesamte Stadtöffentlichkeit) nach Inhalt-Schwerpunkten (Bürgerinitiativen/bzw. spezielle Initiativen wie Mieter/ Sanierung/ Neu-, Altbau/Kinder etc/ für Studenten/ Schüler- und Jugendzentren usw.), nach Konzeption bei der Herstellung („Leserzeitungs-Konzept“, bzw. Redaktion als „vermittelnde Helfer“ bzw. eigenständig arbeitende Redaktion), nach der Erscheinungsweise (monatlich/wöchentlich), nach Begriffen wie Zeitung/ Journal/ Illustrierte usw.. Gemeinsames Kennzeichen ist jedoch die Nicht-Parteigebundenheit.

Zum Aachener Treffen aus unserer Sicht:

Nach einem Vorbereitungstermin während des Anti-Repressions-Kongresses des Sozialistischen Büros zu Pfingsten in Frankfurt hat sich ein Großteil der Alternativ-Zeitungsprojekte am Wochenende zum 10./11. Juli in Aachen getroffen.

Schon längere Zeit bestand ein allgemeiner Wunsch in den Zeitungsgruppen, wenigstens was die schon länger bestehenden Projekte betrifft, sich besser kennenzulernen und die bis dahin sporadischen Kontakte zu verbessern, zu einer besseren Zusammenarbeit zu kommen.

Unser Interesse hatten wir ja schon in der Mitvorbereitung zusammen mit Klenkes und Volksblatt eingebracht. Dabei stand im Vordergrund, daß die Voraussetzung für eine Weiterentwicklung unserer Arbeit im ID ja mit der Anzahl selbstständig arbeitender Zeitungsgruppen immer besser wird. Durch das Fehlen linker und liberaler Zeitungen, insbesondere und überhaupt einer

linken oder liberalen Öffentlichkeit – im Vergleich etwa zu Frankreich oder Italien – hat der ID stark eine Zeitungs-Ersatz-Funktion erhalten, die wir von unseren Vorstellungen her nicht entwickeln wollten. Diese Entwicklung haben wir eigentlich gebremst, was sich bei Entscheidungen um Auflagensteigerungen immer gezeigt hat. Von der Entwicklung selbständig arbeitender Zeitungsgruppen können wir uns längerfristig versprechen, daß wir in Zusammenarbeit einen Ansatz von Gegenöffentlichkeit erreichen, der uns von der Last befreit, eine Art Superzeitung zu machen, die möglichst umfasse sowohl über lokale, überregionale und internationale Ereignisse berichtet.

Angesichts der stets wachsenden Zahl alternativer Zeitungsprojekte scheint uns die Entwicklung eines Medienverbundes notwendig. Doch mit Vorsicht haben wir vom „Medienverbund“ gesprochen, ein etwas großes Wort angesichts der Realität; aber die Möglichkeit, Öffentlichkeit zu schaffen über den eigenen Ort hinaus, und das in Zusammenarbeit mit Leuten, die man kennt, hat unsere Phantasie ganz schön angeturnt.

Es könnte für uns heißen, den Schwerpunkt „Agentur“ (Nachrichtenvermittler an Multiplikatoren) wieder stärker in den Vordergrund zu stellen.

Andererseits war abzusehen, daß inhaltliche Differenzen – was die politischen Positionen der einzelnen Zeitungsgruppen betrifft, – über kurz oder lang offen ausgetragen werden mußten. Aufhänger und auch nicht mehr hier für war der Konflikt um das Kölner Volksblatt mit offenem Brief und so weiter (alles in dieser Nummer abgedruckt).

Der erste Tag des Treffens war erwartungsgemäß von dieser Auseinandersetzung geprägt, und zwar in solch einem Ausmaß, daß zeitweise die Versammlung auseinanderzubrechen drohte.

GEFAHR DER FRAKTIONIERUNG

Eine der Arbeitsgruppen auf dem Aachener Treffen beschäftigte sich mit „Funktion und Konzeption der Zeitungsprojekte vor dem Hintergrund der augenblicklichen politischen Situation.“ Mitarbeiter vom „Klenkes“ haben die Diskussion zusammengefaßt:

1. Die Auseinandersetzung war gekennzeichnet durch eine vielfach nicht klar ausgesprochene aber fraglos zugrundegelegte Klassifizierung der Teilnehmer in Mitarbeiter an sogenannten Volksblättern einerseits und Mitarbeiter an Zeitungsprojekten, die sich primär auf die bereits politisch aktive organisierte oder unorganisierte Linke beziehen.

2. Der sogenannten Volksblattkonzeption (von der immer so getan wurde, als gäbe es einen Konsens innerhalb der verschiedenen Zeitungsprojekte!) wurde von der Gegenseite der Vorwurf gemacht, sie würde sich „den bürgerlichen Volksmassen anbiehern“, sie würde „lediglich das augenblickliche politische Bewußtsein der Initiativen abbilden“ und ihre eigenen politischen Vorstellungen in Form einer Selbstzensur entweder gar nicht oder nicht klar genug äußern, um die sogenannten Bürger als Leser oder als potentielle bzw. reale Träger der jeweiligen Initiativen nicht zu verschrecken. So würden von diesen Zeitungsprojekten zentrale politische Probleme als Ausdruck der Repressionsentwicklung wie Berufsverbote, § 88a, Ulrike Meinhof und die gesamte Knastproblematik entweder schlichtweg tabuisiert oder nur verkürzt behandelt.

3. Diese – falls zutreffend – wichtigen Kritikpunkte wurden in der Diskussion nicht an einzelnen Zeitungsprojekten und der Art der Behandlung bzw. Nichtbehandlung bestimmter Themen konkretisiert, sondern in allgemeiner Form weiterbehandelt (wohl teilweise Ausdruck der Unkenntnis der einzelnen Blätter bei den Teilnehmern). Die sogenannten Volksblätter fühlten sich zu Unrecht angegriffen und versuchte, die pauschalen Angriffe, in ebenso pauschaler Weise zu entkräften. Wat Löppt (Wuppertal): „Die Tendenz unserer Artikel wird nicht von der Redaktion, sondern

von den arbeitenden Gruppen bestimmt.“ Oder Kölner Volksblatt: Die Knastproblematik darf sich nicht nur auf die Situation politischer Gefangener beschränken, sondern muß diejenige „normaler Krimineller“ mit einbeziehen. Oder: jedes Jugendzentrum unterliegt prinzipiell derselben Repression, wie sie sich im § 88a ausdrückt. Oder Klenkes, Aachen: § 88a darf nicht isoliert behandelt werden, sondern es muß der Zusammenhang mit anderen Repressionsmaßnahmen im politischen und ökonomischen Bereich wie Arbeitslosigkeit und Berufsverbote hergestellt werden. (Hinweis: Dies sind nicht die Meinungen der Redaktionen, sondern – wie mehrfach betont wurde – einzelner Mitarbeiter.)

Die gesamte Auseinandersetzung bewegte sich auf diesem allgemeinen Niveau von Vorwurf und Rechtfertigung, ohne die sicherlich vorhandenen Kontroversen an konkreten Konflikten, wie sie in einzelnen Redaktionen aufgebrochen waren und ihren Niederschlag in den jeweiligen Artikeln fanden, festzumachen. Beispiel für diese Abghebenheit der Diskussion und damit ihre Inhaltsleere der Hinweis auf eine „gelungene Verbindung zwischen der Behandlung allgemeiner politischer Themen und konkreter lokaler Basisaktivitäten in der Konzeption des Münchner Blattes“. Es blieb bei diesem Hinweis, ohne ihn zu konkretisieren.

Festzuhalten sind einige Fragen, die in dieser Diskussion nicht geklärt werden konnten, für die Arbeit jeder Zeitung uns allerdings zentral erscheinen:

- Werden bestimmte politische Probleme tabuisiert und warum?
- Wie bezieht sich die Zeitung auf bestimmte Kräfte innerhalb von Parteien und Gewerkschaften und mit welcher Absicht?
- Begreift sich die Zeitung lediglich als Abbild realer politischer Prozesse oder versucht sie, durch ihre Arbeit die politische Praxis und den Bewußtseinsstand der sie tragenden politischen Subjekte weiterzutreiben? Nimmt sie eine Avantgarde-Funktion ein? Wenn ja – wie macht sie das und mit welchem Erfolg?
- Hält die Redaktion ihre politischen Vorstellungen zurück oder werden sie klar geäußert?
- Wer bestimmt die Tendenz der Zeitung: die arbeitenden Initiativen oder die Redaktion – oder beide gemeinsam und wie?
- Ist die Zeitung in ihrer äußeren Erscheinung (Layout, Karikaturen usw.) lediglich ein Abbild „bürgerlicher“ Zeitungen oder stellt sie auch in der Aufmachung eine Alternative dar?

Zu unserer aller Überraschung stellte sich am nächsten Morgen in der Arbeitsgruppe 4/5 eine ausgesprochen gute Atmosphäre ein und die während des Festes am Vorabend diskutierten Vorschläge wurden gründlich und pragmatisch besprochen. Auf dem abschließenden Plenum sind diese Vorschläge mit geringen Veränderungen dann akzeptiert worden. Die meisten Gruppen hatten allerdings keine „entscheidungsfähigen Delegierten“ geschickt. So soll endgültig über folgende Vorschläge auf dem nächsten Treffen vom 8. bis 10. Oktober in Kassel entschieden werden:

1. Regelmäßige Vollversammlungen
Drei- bis viermal im Jahr treffen sich Delegierte, wobei unklar war, ob die Zahl der Teilnehmer je Zeitung beschränkt werden soll oder nicht; dafür spricht die größere Arbeitsfähigkeit, dagegen die Monopolisierung von Kontakten.

2. Unterstützungsprogramm innerhalb der Alternativpresse
a) Solidaritätsnachdruck

Wird die Ausgabe einer Zeitung beschlagnahmt, oder ergreift die Justiz andere Zensurmaßnahmen, sollen die anderen Alternativzeitungen über diesen Vorfall berichten. Die betroffene Zeitung stellt dafür zur Verfügung:

- den/das Artikel/Bild des Anstoßes
- eine Kopie des entsprechenden Erlasses/Verfügung
- eine Erklärung oder Artikel zu dem Vorfall.

Damit soll verhindert werden, daß die Zensurschwelle Stück für Stück weiter nach unten geschoben wird, indem an einzelnen Zeitungen Exempel statuiert werden.

b) Solidaritätsfond

Aus Erfahrungen z.B. des Münchner Blatt wissen wir, wieviel Geld die juristische Auseinandersetzungen kosten. Angehts der meist nicht so guten Finanzlage der Alternativzeitungen können solche Kosten zum Ruin führen. Um dem entgegenzuwirken gilt im Moment als Vorschlag: jedes Projekt zahlt mindestens zehn Mark im Monat auf ein Konto, das der ID eingerichtet hat:

Postscheckamt Frankfurt, Nr. 3321 90-604
Thomas Meusert, Zeitungssolidaritätsfond
Eckenheimer Schulstr. 2, 6000 Frankfurt 50
 Über das Konto können bis zum Kasseler Treffen ein Gremium aus Klenkes, Freiburger Stadtzeitung und Blatt verfügen, wenn einstimmige Beschlüsse gefaßt werden. Damit kann im Notfall ein Projekt kurzfristig mit 500 Mark geholfen werden.

Wie gesagt: diese Regelung gilt bis Kassel, dort sollen Vorschläge eingebracht und beraten werden, wie der Solidaritätsfond letztlich aussehen soll.

3. Zusammenarbeit im Fall wichtiger Ereignisse und Kampagnen

Die Produktivkraft der Alternativ-Presse wirkt sich erst dann aus, wenn es gelingt, zum gleichen Zeitpunkt (annähernd) das gleiche Thema zu behandeln. Dabei dreht es sich darum, daß wir uns einigen, ein bestimmtes Ereignis zu behandeln, jede Zeitung aber in der ihr möglichen bzw. wünschenswerten Weise. Also kein für alle verbindlicher Mantelteil. Bei Kampagnen und Ähnlichem soll eine Zeitung für den entsprechenden Zeitraum koordinierende Funktion erhalten. Das kann sich richten nach Ausmaß der Vorarbeit, aktive Rolle in dieser Kampagne, geografisch-lokal gutem Bezug usw..

Für den September gab es den Versuch einer Vorgesprache. Die Diskussionen und eventuellen Aktionen um „Nachschläge“ in den Lohnrunden sollen jeweils örtlich bezogen dargestellt werden, um das Schweigen der Medien anzugreifen.

Ein aus unserer Sicht „heiliger“ Punkt ist die Frage des „Archivs“, bzw. alles, was mit organisierter Sammlung und Archivierung auf überörtlicher Ebene zu tun hat. Es gibt eine Menge einzelner, einzelner Zeitungsausschnitte/Artikelsammler und das noch unterteilt nach Arbeitsfeldern/Stichworten usw.. Für einen Zusammenhang wie die alternative Presse haben solche Ansätze so gut wie keine Bedeutung, weil einmal die meisten Sammler nicht bekannt sind und zum anderen sie auch in der Regel zu nicht mehr als zum Sammeln kommen. Mit Nachfragen und Kopieren/Verschicken usw. wären sie hoffnungslos überfordert.

Aus unserer Erfahrung mit dieser Arbeit sind wir zu der Ansicht gekommen, daß wir es uns im Moment noch nicht leisten können, ein Mammut-Archiv einzurichten, das alle Projekte mit dieser Dienstleistung versorgt. Eine Verteilung einzelner Archivstichwörter an verschiedene Gruppen kann unserer Ansicht nach nur eine kurzfristige Übergangslösung sein. Sollte das „Archiv“ wirklich benutzt werden, entsteht durch die Dezentralisierung ein irrsinniger Arbeitsaufwand.

Nun ist es so, daß unsere Arbeit im ID nahe an die Archivarbeit herankommt, wir auch nicht thematisch beschränkt sind, eine täglich arbeitende Redaktion haben und ein überregionalen Bezug. Insofern haben wir auch ein Interesse, diese Aufgabe mit anzugehen.

Die Archivdiskussion, die bei uns schon längere Zeit geführt wird, wollen wir etwas beschleunigen, um zum Kasseler Termin einen Vorschlag einzubringen, der für eine Auswahl von Arbeitsfeldern/Stichworten gelten soll und perspektivisch erweitert werden kann.

Zum Abschluß nochmals das Konto:

Postscheckamt Frankfurt, Nr. 33 21 90-604
Thomas Meusert
Zeitungssolidaritätsfond
Eckenheimer Schulstr. 2
6000 Frankfurt 90

ZUM KONFLIKT UM DAS KÖLNER VOLKSBLATT

OFFENER BRIEF VOM MAI 1976

„Liebe Freundinnen, Freunde, Genossinnen und Genossen der VolksBlatt-Redaktion,

Wenn wir mit euch fertig wären, würden wir euch nicht einmal einer Kritik für wert halten. Wir bitten deshalb, unseren Brief als eine solidarische Kritik und Aufforderung zu einer offenen und öffentlichen Diskussion anzusehen. Kurz gesagt: bei allem Respekt vor eurer Arbeit, wir meinen feststellen zu könne, daß ihr — euren ursprünglichen Anspruch zuwider — auf der schiefen Ebene zu einer unpolitischen Zeitung seid. Das heißt für uns, das VolksBlatt (VB) hört auf, eine linke Zeitung zu sein.

WAS WILL (WOLLTE) DAS KÖLNER VOLKSBLATT?

Das VB erscheint mit dem Untertitel: „Bürgerinitiativen informieren“. Damit formuliert es seinen Anspruch in Kurzform: es will eine „Zeitung von unten“ sein, eine Zeitung, „aus der Sicht der Bürger im Stadtteil, der Arbeiter und Angestellten in ihren Betrieben, die sich gegen etwas wehren, für etwas kämpfen. Darum zielen unsere Berichte, Kommentare und Analysen auch immer darauf, daß sich die Leser bestehenden Initiativen anschließen, neue Gruppen und Organisationen bilden, daß Aktivitäten zusammenfließen, Gruppen gemeinsam kämpfen, um den Widerstand derjenigen kleinen Minderheit zu brechen, die mit Hilfe von Geld, Beziehungen und Klüngelei überall versucht, sich an der Macht zu halten.“ (KVB 1/75); Das VB soll „basisdemokratisch ... sein und konkret an den Erfahrungen der Leute im Stadtteil und Betrieb ansetzen, also da, wo die herkömmliche Politik oder die Parteien verblendet sind, versagt haben, (will es) Bedürfnisse, die im Arbeits- und Wohnbereich vorkommen und verstümmelt werden, in Richtung auf Aktivierung wenden. Die Formen der Gegenwehr, die oft eher erstickt als gefördert werden, wollen wir mit der Absicht propagieren und vorantreiben: tut euch zusammen, wir können was machen, wir vertreten unsere Interessen selbst.“ (aus einem Redaktionsprotokoll) Außerdem soll „mehr über alltägliche Widerstand- und Sabotage-Akte in den Betrieben berichtet werden“. (aaO)

Das VB will also mehr als „bloß“ eine Zeitung sein. Es will Gegenöffentlichkeit herstellen, Interessen politisieren und organisieren helfen.

Diesen allgemeinen Anspruch des VB halten wir für gut und richtig, wenn wir auch die Blässe der Leerformeln („gegen etwas wehren, für etwas kämpfen“), das fast peinlich wirkende Vermeiden von Begriffen wie Kapitalismus/Sozialismus und die etwas betuli- che Beschreibung der herrschenden Minderheit, so als sei eine ausmachbare und austauschbare Personengruppe der gemeinsame Gegner und nicht die kapitalistische Gesellschaftsstruktur als Ganzes kritisieren. Wir wollen im folgenden unsere Überlegungen an zwei Beispielen entwickeln. Sie sind leicht überprüfbar, weil viele Genossinnen und Genossen an den Ereignissen beteiligt waren, und sie erst kurz zurückliegen.

UNSERE KRITIK. BEISPIEL 1: DIE DRUCKERSTREIKZEITUNG

Wir fragen die bei der Produktion beteiligten Genossen:

1. Warum habt ihr die vorliegenden Artikel zur längerfristigen Perspektive des Druckerkampfes allgemein (Arbeitsplatzsicherung, Rationalisierung, Dequalifizierung), also die politischen, analytischen Artikel alle rausgeschmissen, also entpolitisiert?
2. Wieso habt ihr das Erscheinen der Streikzeitung von einem Interview mit dem IG-Druck Landesvorsitzenden Gent abhängig gemacht, obwohl Interviews von streikenden Kollegen vorlagen?
3. Wieso hat ausgerechnet ein VB-Genosse das Interview mit dem IG-Druck Landesvorsitzenden gefordert, nicht aber die an der Zeitung beteiligten Druck-Kollegen?
4. Wieso habt ihr die Rolle der Gewerkschaftsbürokraten beschönigt (oder gefälscht)? Auf Seite 3 im Beitrag „Auf wessen Seite steht die Polizei?“ behauptet ihr wahrheitswidrig, die Polizei habe die Streikblockade aufgelöst. In Wahrheit — und der Bericht lag euch vor — haben der im Foto sogar abgebildete Gewerk-

schaftssekretär Blumenberg und der BR-Vorsitzende Nöbel zur Auflösung der Blockade aufgefordert.

5. Wie erklärt ihr euch, daß auf Seite 4 zwar ein Foto von Bundespräsident Scheel erscheint mit einem Text, der Züge der Eigenreklame fürs VB hat, ihr euch aber gleichzeitig energisch z.B. der Aufnahme eines Artikels über die am gleichen Tag gestorbene Genossin Ulrike Meinhof widersetzt? Deutet diese anpasserische Entpolitisierung darauf hin, daß ihr vielleicht anstrebt, den ersten Pressepreis – vergeben vom Bundespresseamt – für eine „bürgernahe“ Zeitung zu erhalten? Glaubt ihr, daß man (partiell) eine Zeitung für die Unterdrückten machen und dafür von den Unterdrückten noch belobigt werden kann?
6. Zur Streikzeitung insgesamt: Habt ihr euch in den Dienst der beteiligten Druck-Kollegen gestellt oder habt ihr sie für eigene Zwecke in den Dienst genommen? (Ein Genosse vom VB: „Wir wollen uns neue Käuferkreise erschließen“; vergl. auch die Auflage von 15.000; präzise: Wolltet ihr Marktchancen in zeitungloser Zeit nutzen?)

BEISPIEL 2: DIE VERHINDERUNG DES ARTIKELS ZU ULRIKE MEINHOF

1. Welche politischen Überlegungen haben euch veranlaßt, den Artikel zu Ulrike Meinhof in der Streikzeitung abzublocken?
2. Warum habt ihr eure ablehnende Meinung nicht auf einen einheitlichen Nenner und offen zum Ausdruck gebracht, sondern eine Verzögerungs- und Verschleierungstaktik gewählt, um den Artikel auch in der ordentlichen VB-Ausgabe nicht aufnehmen zu müssen?
3. Könnte es sein, daß die von euch offenbar geschätzte Praxis, strittige Artikel immer wieder zu verschieben (und umzuschreiben: oftmals bis zur Unkenntlichkeit, in Einzelfällen bis zu sieben mal = sieben Monate) nur Ausdruck einer Strategie ist, um der Erhaltung eines fiktiven „Linkspluralismus“ willen jede politische Meinungsbildung in der Redaktion zu verhindern? Und wenn das stimmt: Seht ihr nicht die Gefahr, daß im Redaktionskollektiv taktisches Verhalten offene Diskussion ablöst?
4. Warum haben eine Reihe von VB-Genossen, die zunächst für einen Artikel waren, ihre Meinungsänderung nicht redaktionsöffentlich gemacht, sondern geschwiegen?
5. Schließlich – da allgemeinpolitische Fragen von VB-Genossen immer gegen den konkreten Bezug zu Bürgerinitiativen ausgespielt werden: Was heißt für euch noch Politisierung von Interessen?

Diese beiden Beispiele sind keine Einzelfälle. Erinnert sei an dieser Stelle nur noch einmal daran, daß die Vergewaltigung einer Frau durch einen Griechen nicht im VB abgehandelt werden konnte. Argument eines VB-Genossen war sinngemäß: „Man soll sich die Kleidung der Frauen im Sommer nur mal anschauen, die sind da doch selbst schuld“. Vorgeblicher Ablehnungsgrund: Man will keine Ressentiments gegen Gastarbeiter schüren. Wir meinen dagegen, daß gerade am Modellfall eines „schwulen jüdischen Negers“ der eine Frau vergewaltigt, die doppelte Unterdrückung der Frauen exemplarisch zu zeigen wäre.

Wir wollen unsere Kritik am VB und dessen Unfähigkeit, politische Sachverhalte zu vermitteln, zuletzt noch an einem weiteren Beispiel verdeutlichen:

Die Druckerei „Betrieb“, die das VB druckt, „und deren drei Mitarbeiter das Projekt von Anfang an mitgetragen haben“ (so die Selbstdarstellung) und die von der Rechtskonstruktion her Eigentümer sind, haben an anderer Stelle ausführlich über zahlreiche Durchsuchungs- und Schikaniermaßnahmen der Staatschutzbehörden gegen ihre Druckerei berichtet (siehe LINKS Nr. 73). Sinnigerweise ist der LINKS-Artikel auch noch überschrieben „Im Vorgriff auf einen Paragrafen“. Der Artikel schließt mit dem Satz: „Das, was da aber erst geplant und in der parlamentarischen Diskussion ist, wird hier schon praktisch und präventiv exzerziert.“

Im VB findet sich dagegen nichts zu den inzwischen rechtskräftigen Maulkorbparagrafen, obwohl

- in Köln solche Staatschutzaktionen häufig stattfanden

- die VB-Macher davon unmittelbar auch betroffen waren
- sie die Bedeutung dieser „Gesetzesreform“ kannten
- nach ihrem eigenen Konzept alle Voraussetzungen für einen Artikel da waren (Tathandlung, in Köln, Betroffenheit von Bürgerinitiativen, exemplarischer Fall etc.).

Wir fragen:

Warum tauchte diese wichtigste Gesetzesreform für Zeitungs-macher in der „Zeitung von unten“ nicht auf?

Warum erschien ferner im VB kein einführender und vorbereitender Artikel zur SB-Repressionsveranstaltung in Köln, sondern lediglich ein Terminhinweis?

Warum berichtet das VB nicht über die gegenwärtig wohl bedeutendste politische Veranstaltung, die in nationalem Rahmen Widerstand gegen die Repression organisieren helfen will: den Pfingstkongress in Frankfurt (veranstaltet auf Initiative des Sozialistischen Büros)?

Warum beteiligen sich weder Druckerei („Betrieb“) noch Volksblatt – wie andere Verlage, Druckereien etc. – im Verband des Linken Buchhandels (VLB) am Aufbau einer gemeinsamen Widerstandsfront?

Nach unseren Erfahrungen betrachten wir die Entwicklung des VB skeptisch. Wir vermögen nicht mehr zu sehen, wie ihr den eigenen Anspruch einlösen wollt, der da heißt: Politisierung von Interessen. Interessen „von unten“ politisieren heißt doch gerade: jeder Einzelfall muß exemplarisch gesellschaftliche Zusammenhänge aufdecken helfen. Das VB verliert dann seinen Sinn, wenn es sich bloß noch an die von dem politischen System vorformulierten Alternativen, Pläne und Angebote hält (vgl. auch die immer im VB abgedruckten „praktikablen“ Vorschläge, an den Rat der Stadt). Bürgerinitiativen sind längst schon in dieses System eingepflanzt. Sie werden zu parlamentarischen Initiativen, wenn sie nur noch ihr eng umgrenztes Arbeitsfeld sehen. Aufgabe des VB nach eigenem Anspruch wäre es doch gerade, dazu beizutragen, daß aus vor-parlamentarischen Gruppen „basis-demokratische“ werden. Es hat in der Vergangenheit zahlreiche Artikel von einzelnen Bürgern dieser Stadt und von Bürgerinitiativen gegeben, die von der Redaktion verändert und dabei verfälscht worden sind. Darauf wollen wir nicht mehr eingehen. Wichtiger für uns ist, das System herauszuarbeiten, mit dem die öffentliche Diskussion über und mit dem VB verhindert wird.

Nach Meinung der Redaktion findet eine Kritik am VB nur im VB statt, aber:

- kritische Leserbriefe werden nicht veröffentlicht; Beispiel Klaus der Geiger hat in einem Offenen Brief Kritik geübt. Der Brief wurde nicht abgedruckt.
- einzelne Kritiker werden zu Redaktionssitzungen geladen und mit der geschlossenen Redaktionsgruppe konfrontiert. Jede Kritik und jeder Kritiker so vereinzelt. Eine kollektive Diskussion (auch über die Verbesserung der Zeitung) kommt so gar nicht in Gang.
- als bekannt wurde, daß einige Genossinnen und Genossen diesen Brief schreiben wollten, rief ein führendes Redaktionsmitglied bei einem der mutmaßlichen Initiatoren an, man solle das Problem doch bei einem Glas Bier „vernünftig“ bereden.

Wir meinen, die Diskussion über das VB ist nur unter Einbeziehung aller Interessierten, Initiativen und Gruppen möglich. Deshalb haben wir zur Eröffnung dieser kollektiven Diskussion auch diesen Brief geschrieben.“

Mit solidarischen Grüßen

Genossinnen und Genossen aus verschiedenen Arbeitszusammenhängen

Arbeitskollektiv „Der Andere Buchladen“

ID ALS GEGENÖFFENTLICHKEIT

Zum Selbstverständnis des ID-Kollektivs und seiner Pressearbeit hier einige Berichte und Stimmen:

ns-Dienst liebener Nachrichten



27

29. Mai 1976

D 22354 C

chnik, haben die arbeit niedergelegt
ch seniore

ftwerken

- * frankfurter
- * informationsdienst
- * hamburger allee 45
- * 6000 frankfurt 90
- * tel. 0611/70 43 52

- * postadresse :
- * postfach 90 C
- * 6000 fr

„Nun sind aber in den letzten zehn Jahren in vielen westlichen Ländern unzählige Zeitungen und Blättchen der Neuen Linken entstanden, die mit dem Nachrichtenstoff der etablierten Nachrichtenagenturen wenig anfangen können. Deshalb gibt es heute eine ganze Reihe von alternativen Nachrichtendiensten. In den USA

der „Liberation News Service“, in Frankreich die „Agence Presse de Liberation“ (die heute in der Tageszeitung „Liberation“ integriert ist) und in der Bundesrepublik Deutschland den „Informationsdienst zur Verbreitung unterliebener Nachrichten“ (ID).

„Wir halten ein unabhängiges Organ wie den ID für notwendig, um dem Nachrichtenmonopol der etablierten und von der Werbung abhängigen Presse zu begegnen. Die Verabschiedung der Marktorgesetze (jetzt § 58a) könnte zur Folge haben, daß auch die letzten zensurfreien Publikationen in der Bundesrepublik zu Aufgabe der freien Meinungsäußerung gezwungen werden.

Da der ID auch aus Bereichen, die eine andere Zeitschrift heute kaum anzugehen wagt, authentisch berichtet, scheint uns die Existenz des ID besonders bedroht. Wir haben deshalb einen Beirat zur Unterstützung der Redaktion gegründet ...“

(Peter O. Chotjewitz, Jürgen Roth und Gerhard Zwerenz in einem Schreiben zur Unterstützung des ID)

„Eine wichtige Funktion kommt dem Informationsdienst zur Verbreitung unterliebener Nachrichten (ID) zu. Er ist das aktuellste und ausführlichste Nachrichtenorgan der Gegenpresse. Wöchentlich werden die „unterliebener Nachrichten“ veröffentlicht, deren Verbreitung nicht im Interesse der herrschenden Medien liegt; oder deren Bedeutung sie nicht erkennt: über neue Widerstandsformen im Betrieb, im Stadtteil, im Ausbildungsbereich, über Justiz, Repression, „Klassenkampf von oben“, über Jugendzentren, Frauenbewegung, Ökologie und Bürgerinitiativen, über Stadtguerilla, über den Kampf in der Armee und über Formen der Gegenkultur. Der Schwerpunkt liegt auf „Basisberichten“ und Selbstdarstellungen der Betroffenen. Die Bereiche sind nicht auf die BRD begrenzt, es bestehen Kontakte zu ähnlichen Projekten im Ausland. Der ID richtet sich an politische Gruppen, Zeitungen, linke Journalisten und interessierte Individuen, die für ihren Bereich die „unterliebener Nachrichten“ gebrauchen und weiterverbreiten können.“

„Bekannt wurde der ID durch seine Wyl-Berichte, die - inzwischen unterbrochen - Notizen aus Stammheim zum Stammheimer Prozeß und zuletzt durch die Veröffentlichung von 25 Namen und Adressen von CIA-Agenten in der BRD. Im ID-Kollektiv arbeiten etwa 15 Leute, in der Regel unbezahlt, dazu gibt es viele lose Kontakte. Die Auflage ist ca. 3.500.“

(aus: ExtraBlatt über „Unterdrückung und Widerstand in der BRD - zum § 58a usw.“, herausgegeben von der Münchner Stadtzeitung „Blatt“, zu bestellen beim Blatt, Adelgundenstr. 18, 8000 München 22, Preis: zwei Mark.)

Das ID-Kollektiv arbeitet nach folgendem Selbstverständnis:

„der informationsdienst versteht sich als baustein für einen sozialistischen nachrichtendienst, dessen notwendigkeit sich ende der 60er jahre deutlich abzeichnete, als sich in betrieblen, stadtteilen, und der provinz neue kampfformen gegen die diktatur des kapitals entwickelten. diese ereignisse und die erfahrungen daraus mußten und müssen weiterverbreitet werden.

wir wissen daß diese aufgabe von der bürgerlichen presse ignoriert, unterschlagen wird. andererseits sind die linken periodika entweder technisch noch nicht in der lage, die gesamtheit dieser nachrichten rasch zu erfassen und weiterzuleiten, oder sie schliesen sich durch ihre absolutistische haltung („im interesse des volkes die halbe wahrheit verschweigen“) von dieser möglichkeit aus.“

(aus: „Linke Öffentlichkeit, Alternative von unten“ in päd. extra vom 15.12.75)

„in letzter zeit wurde das feedback besser, durch immer mehr alternativzeitungen und andere alternative medienprojekte werden id-meldungen immer häufiger verbreitet, d.h. unsere vorstellungen von multiplikatoren fängt an, sich zu realisieren. auch bleiben die, die den id schon mal benutzt haben, mit uns weiter in kontakt.

sie bestehen des id wollen gruppen den id über nachrichten- und faktenvermittlung hinaus auch als ideologisches sprachrohr benutzen und daraus resultiert häufig der zensurvorwurf (ID 114). wir meinen, daß das produzierte papier aus der bewegung nicht die reale bewegung widerspiegelt, sondern daß bestimmte gruppen aus ihrem arbeits- und lebenszusammenhang heraus mehr papier produzieren als andere, deren arbeit genauso wichtig ist. (fast ein jahr lang wurde im id überwühl berichtet, ehe die linke außerhalb freibugs und auch andere überhaupt reagierten).

...

der ursprüngliche rahmen unserer arbeit, sich auf basismeldungen zu beschränken, ist mittlerweile öfter durchbrochen worden, indem wir zu bestimmten entwicklungen selbst recherchieren z.b. CIA, CARP, druckerstreik u.ä.)“

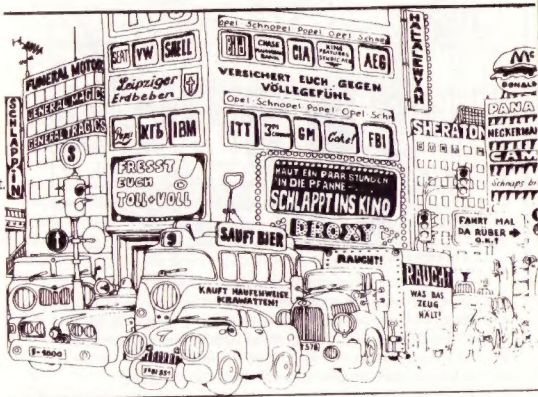
(aus: Kurze Darstellung der Entwicklung des ID fürs Aachener Treffen)

„Terroranweisungen gibt es in der Bundesrepublik im Buchhandel zu kaufen, für Interessenten sogar im Abonnement: mit Wissen der Sicherheitsbehörden werden seit zwei Jahren in der Anarchistenzeitschrift „Informationsdienst“ Tips gegeben, wie man sich zum Beispiel mit Extremisten-Parolen in Live-Sendungen drängelt oder Fahrkartenautomaten knackt.“

(aus: Bild am Sonntag)



(aus: nr. 8/Juni '76)



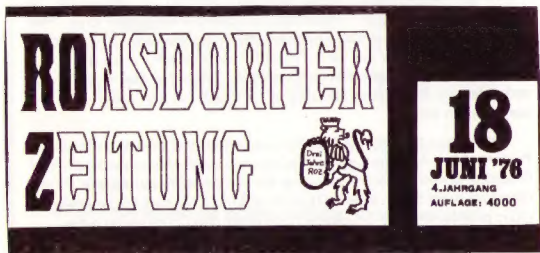
EIN PROZESS UM DIE FREIHEITLICH-DEMOKRATISCHE POSTZEITUNGSORDNUNG

Einen für alle Alternativ-Zeitungen wichtigen Prozeß führt augenblicklich das Kölner Volksblatt mit der Bundespost. Dabei geht es um die Zulassung zum Postzustellungsdienst, d.h., um wesentlich billigere Tarife für den Versand, den Zeitungen erhalten, wenn sie bestimmte Auflagen erfüllen. Um die Wichtigkeit dieser Auseinandersetzung hervorzuheben und Öffentlichkeit herzustellen, hat sich die Redaktion des Volksblattes in einem Offenen Brief an Postminister Gscheide gewendet. Darin heißt es:

„Seit knapp zwei Jahren existiert in Köln eine Zeitung der Bürgerinitiativen, das „Kölner Volksblatt“. Und auch seit fast zwei Jahren streiten wir mit dem Bundespost um die Zulassung zum Postzeitungsdienst. Dieser Streit ist zur Zeit vor dem Oberverwaltungsgericht Münster anhängig, nachdem das Verwaltungsgericht in Köln uns in erster Instanz Recht gegeben hat. Dagegen hat die Kölner Oberpostdirektion Berufung eingelegt. Abgesehen davon, daß der Prozeß uns viel Geld kostet, das wir als Organ der Bürgerinitiativen kaum haben, entsteht uns ein Verlust von mehreren tausend Mark in jedem Jahr, solange wir die teuren Tarife zahlen müssen.

Vorgeblicher Grund für die Ablehnung ist die Postzeitungsordnung in einer bestimmten Interpretation, die wir für ziemlich abwegig, aber wirkungsvoll halten. Die Ordnung schreibt eine **Satzschrift** oder **satzähnliche Schrift** vor und die interpretierende Behörde hat sich darauf versteift, daß nur mit einer Maschine der Firma IBM geschriebene Texte **satzähnlich** sind. Diese Schrift hat neun verschiedene Proportionen, unsere, auf der Maschine eines anderen Fabrikates (Typ: Hermes Varia 70o EL) hergestellt, hat nur vier. (Eine „echte“ **Satzschrift** hat mehr als zwei Dutzend!) Das ist der Kern des Streites, oder, anders gesagt: schaffen wir uns die Maschine eines bestimmten Fabrikates, nämlich IBM, an, kommen wir sofort in den Vertrieb. Wir haben **aber** eine andere, und wir haben auch nicht vor, sie abzustoßen, denn es gibt wieder einen **herstellungstechnischen**, noch einen **ästhetischen Grund** dafür.

Uns scheint, die Herren in der Oberpostdirektion Köln, die diese Entscheidungen fällen, verkehren den Sinn des Gesetzes in sein Gegenteil. Sinn der Postzeitungsordnung ist die Förderung von Presseorganen durch billigere Tarife und nicht ihre Verhinderung. Im § 5 heißt es: „Zeitungen im Sinne dieser Verordnung sind periodisch erscheinende Druckschriften, die zu dem Zwecke herausgegeben werden, die Öffentlichkeit über Tagesereignisse, Zeit- oder Fachfragen zu unterrichten. Sie müssen nach Art, Form, Umfang und Verbreitungsweise der im Verkehr üblichen



Informationen, Meinungen, Kommentare

Seit Anfang 1973 wird die RoZ in Ronsdorf, einem Stadtteil von Wuppertal mit etwa 30.000 Einwohnern, kostenlos verteilt. Im Laufe der Zeit stieg die Auflage von 1.000 auf jetzt 4.000. Die Anzeigen finanzieren so eben den Druck und unseren „Apparat“

Die RoZ erscheint alle anderthalb Monate. Die Berichterstattung **beschränkt** sich fast ausschließlich auf kommunalpolitische Themen. Und das ist manchmal nicht leicht, da in einem Ort von 30.000 Einwohnern nicht so viel „passiert“ wie in Köln, Aachen oder anderen Großstädten. Im Laufe der Zeit sind jedoch auch bei uns mehrere Bürgerinitiativen entstanden, die die RoZ unterstützen und mit aufgebaut hat. Die Redakteure bemühen sich, aktiv in den Initiativen mitzuarbeiten. Durch Information und Mobilisierung der Bürger sind bereits eine Reihe Erfolge erzielt worden. Dadurch, daß die RoZ in 4.000 Exemplaren kostenlos ausgegeben werden kann, werden viele Leser erreicht, die vielleicht beim Verkauf der RoZ nicht zu den Abonnenten oder Lesern gehören würden.

Zu der Wuppertaler Bürgerzeitung gibt es gute Kontakte. Wir übernehmen die Berichterstattung über Ronsdorf in „Wat löppt“. Wir wollen jedoch in jedem Falle als RoZ bestehen bleiben, schon allein wegen der Erfolge in der letzten Zeit.



Aachener Redakteure 1976

Klar, wir sind einseitig, gewissermaßen „Bürgerseitig“. Und wir machen es uns da nicht leicht, denn zu viele Parteien und Gruppen behaupten, im Sinne eines „Bürgerwillens“ zu arbeiten. Wenn die in irgendeiner Sache Betroffenen ihren Artikel nicht selber schreiben wollen und wir das von der Redaktion übernehmen, dann haben die Betroffenen zum Bericht immer das letzte Wort.

Wir sind auf die Unterstützung unserer Leser angewiesen. Es gibt viele Möglichkeiten dazu:

Sie können uns Leserbriefe und Berichte schicken über Dinge, die ihnen auffallen, die sie ärgern oder die sie einfach interessant finden. Wer keinen langen Aufsatz schreiben möchte, kann uns auch kurz mitteilen, um was es sich dreht, und einer vom „Klenkes“ kommt dann vorbei, um mit ihnen die Sache durchzusprechen.

Übrigens:

Man kann den „Klenkes“ abonnieren. Das kostet 10,- DM im Jahr. Wenn wir viele Abonnenten haben, können wir längerfristig planen. Man kann auch ein Förderabonnent übernehmen. Dies bedeutet eine Unterstützung des „Klenkes“ mit irgendeinem Betrag.¹⁾

Neue Seebblätter.



Die Seebblätter, erschienen von 1950-1959 in Konstanz, dem „verlorenen Jahrbuch“ (ausgegeben von Josef Stiller, der mit der Zeitung die wichtigsten Zeitungsfragen und Zeitungsabonnenten am Größten und am Kleinsten und Welt streut).

Heute: Die Seebblätter wurden, wie schon in den ersten Jahren, immer wieder vertrieben und von der Konstanz übergeben. Die Seebblätter haben die Zeit und alle Fragen der Zeitungsabonnenten und die Zeitungsabonnenten und die Zeitungsabonnenten und die Zeitungsabonnenten.

Nr. 2

Juni 76

1. März

¹⁾ Voraussetzungen der Arbeit sind neben der Situation, in der wir leben, der Ort, in dem wir leben. Konstanz, Stadt mit der Universität „Klein-Harvard“ am Bodensee, hat etwa 60.000 Einwohner, vorwiegend in Behörden, Büros und Kleinunternehmen beschäftigt. Industriebetriebe mit über 1.000 Beschäftigten gibt es nur einen (Quandt-Pharma-Gruppe). Zeitungen gibt es auch nur eine große,

den „Südkurier“, ein Muster-Monopol, das nach Eigenwerbung in 93 % aller Haushalte gelesen wird. Der tut sich durch systematische Informationsunterdrückung und -manipulation im Lokalteil hervor. Es gibt in Konstanz nur eine Bürgerinitiative. Diese richtet sich gegen den Bau einer Autobahn, die ein Altstadtviertel von 12.000 Einwohnern zum Industriegebiet machen würde. Der „Südkurier“ steht hier voll auf Seiten der örtlichen Unternehmer-Mafia, die die Autobahn bei der miesen Lage von Konstanz (bis zur nächsten deutschen Großstadt drei LKW-Stunden) recht nötig hat.

Es gab bei der Gründung der „Neuen Seebblätter“ keine besonderen Anlässe, die nicht schon Jahre bestanden hätten; es gab keine anderen Blätter als Vorbilder, nicht mal das Wissen von ihrer Existenz. Am Anfang war mal ausnahmsweise die Idee, dann wurden ein paar Bekannte gefragt, ein Flugblatt in der Uni ausgelegt, und dann gings los. Wir haben uns natürlich anfangs den Kopf über ein Konzept zerbrochen: wir wollten ein Blatt machen, das den lokalen fortschrittlichen Gruppen Platz zur Veröffentlichung von Beiträgen gibt. Als Ideal eine Redaktion, die selbst überhaupt nichts schreibt. Daneben Unterhaltung und ein bißchen Sinnlichkeit (gemeint damit ist die Linie der „az“), Beiträge über Unterdrücktes und Totgeschwiegenes der Vergangenheit. Davon sind wir ein wenig abgekommen, teils bewußt und planmäßig, teils leider und hoffentlich nicht für immer. Bewußt von der Idee mit den schreibenden Gruppen: in diesen sind hauptsächlich Studenten am Werk, wie denn unsere erste Nummer auch fast nur von Studenten und Oberschülern gekauft wurde – nicht die, die wir uns unter Bevölkerung vorstellen – von Leuten also, die doch schon ein relativ fortschrittliches Bewußtsein haben; nicht aber von denen, die die Informationen, die in den Seebblättern stehen, sonst auf keinem anderen Weg bekommen.

Zeitung für Zeitung (Bisher waren erst dreif!) haben wir uns dann mehr auf die Lokalpolitik geworfen, was uns immense Schwierigkeiten macht. Von den zehn Mitarbeitern ist keiner länger als fünf Jahre in Konstanz, sieben sind Studenten, einer an der Fachhochschule, eine Sozialpädagogin, der letzte schließlich ist Pfarrer, in dessen ESG wir auch unser „Büro“ aufgeschlagen haben. Über der Lokalpolitik haben dann Unterhaltung, Sinnlichkeit und Tradition recht das Leiden angefangen, was uns weniger gefällt und wir wieder ändern wollen. Dafür hat uns das Konstanz als Leser eingebracht, sodaß wir von der letzten Nummer 65 % an Nichtakademiker verkauft haben.

Wir vertreiben unsere Zeitung (Auflage 1.000) zu zehn Prozent im Post- oder Abhol-Abonnement, zwanzig Prozent liegen in Kneipen aus oder werden von den örtlichen Buchhändlern (denen wir entweder keinen oder nur zehn Prozent Rabatt geben!) verkauft, weitere zwanzig Prozent über private Wiederverkäufer. Den Rest verkaufen wir am offenen Samstag in der Stadt, bei Bürgerversammlungen etc..

Finanzieren tun sich die Seebblätter vom Verkauf und zu zwanzig Prozent durch Anzeigen, wobei die angepriesenen Leistungen und Produkte je nach unserer Finanzlage einen oder mehrere Hauche Gebrauchswert haben sollen. Da es in und um Konstanz weder eine nicht profitorientierte Druckerei noch unter den Druckereien echte Konkurrenz gibt, zahlen wir die phantastischen Druckkosten von 74 Pfennigen pro Stück (vier DIN A 3-Bögen). Demnächst bekommt der Buchladen Jos Fritz in Freiburg eine Druckmaschine, die wir dann auch benutzen. Vielleicht können wir uns und den Lesern dann die Anzeigen ersparen.

Rechtsform haben wir keine, Archiv ein sehr rudimentäres, Integrationsprobleme mangels neuer Leute bezüglich dieser auch nicht; ebenso keine Arbeitsstellung Redaktion/Produktion, da wir nicht drucken und zu wenige sind, daß zum Layout nicht alle mithelfen müßten, Entscheidungen fallen wir einstimmig (soweit in Eilfällen die Genossen erreichbar), zensieren tun wir höchstens aus Angst vor dem Amtsrichter bei großzügiger Auslegung des § 88a und dann, wenn wir fürchten, das Geschreibsel versteht keiner und interessiert niemanden, jedoch immer von Artikel zu Artikel ohne generelle Richtlinien (z.B. derart: wir drucken nichts von der Jungen Union ab! Wär auch Blödsinn, die kommen eh nicht zu uns!).

Feedback kommt von selbst kaum welches. Wenn wir die Leser fragen, finden sie die Zeitung meistens gut, aber zum Mitarbeiten motiviert sie das nicht ausreichend. An Perspektiven wäre eine größere Wohngemeinschaft aller am Projekt als Kern Beteiligten zu nennen, wenn auch in weiter Ferne. Bisher kranken wir nämlich am meisten daran, daß wir Zeitungsmacher, vom Projekt abgesehen, in Mini-Gruppen, Pärchen und Einzelne zersplittert sind und sonst keinen gemeinsamen Lebenszusammenhang haben. Daher stellen die meisten die Zeitung dann auch ziemlich hinten an, sobald sie in ihrer Privatsphäre irgendwelche Schwierigkeiten ha-

ben oder mit sonstwas Wichtigem beschäftigt sind. Bei dreimal sovielen Mitarbeitern oder bei Bürodienern mag das angehen, aber bei so einem kleinen Haufen wie wir einer sind, hat das fatale Konsequenzen: die Zeitung schwebt ständig über dem Abgrund mangelnden Personal. So ist unsere Gruppendynamik nicht nennenswert, da wir eigentlich keine Gruppe sind; die Resonanz von außen ist gering, da wir kein Freak-Blatt machen wollen (die sind da viel aktiver als die Normalbürger); finanziell und nach Beiträgen leben wir von der Hand in den Mund, und wir wundern uns, wie bei unserer chaotischen Arbeitsatmosphäre „Neue Seebblätter“ rauskommen können, die manchmal als „zu professionell“ kritisiert werden.

Unter Medienverbund können wir uns, was die Seebblätter betrifft, nicht viel vorstellen. Wir bringen in der Hauptsache Regionales und Kommunales. Wichtiges Bundesweites holen wir aus ED und ID. Über eine gemeinsame überregionale „badische“ Seite werden wir mit den Freiburgern verhandeln, über eine „Schweizer Seite“ mit dem „Zündhölzli“ (nicht Zündhölzle, ihr norddeutschen Banausen!) aus St. Gallen.

OFFENER BRIEF IN SACHEN STADTZEITUNG

s'Blättle

Stadtzeitung für Stuttgart und Umgebung

Nr. 8 Juni 76 0.70

An die Mitglieder des Sozialistischen Zentrums, des Parteifreies Bündnis Eberle, die Redaktionsmitglieder des Stuttgarter Volksblattes, alle Blättle-Leser

Wir sind nun endlich die leidigen Gerüchte, Vermutungen und tausend Fragen satt und wollen jetzt in dieser Form mal ein paar klärende Worte fallen lassen, um damit möglichst viele Fragen, Unwissende, Gerüchteverbreiter usw. zu erreichen.

Es dreht sich um folgendes Problem:

Seit September 1975 gibt es hier in Stuttgart s'Blättle – Stadtzeitung für Stuttgart und Umgebung. S'Blättle erhebt den Anspruch, eine Zeitung zu sein, die aus der Sicht der Betroffenen informiert, also von unten, mit sozialistischer Perspektive, ohne jedoch Sprachrohr nur einer politischen Gruppe oder Partei zu sein. Der, der s'Blättle kennt, wird bestätigen, daß dies auch so ist oder zumindest in der Entwicklung begriffen ist.

Seit Mai 1976 gibt es in Stuttgart noch eine weitere Stadtzeitung: Stuttgarter Volksblatt, Herausgeber: Parteifreies Bündnis und Kritisches Forum, unterstützt vom Sozialistischen Zentrum (SZ). Viele Leser haben sich gewundert und sich gefragt, ob es sinnvoll ist, zwei Zeitungen hier in Stuttgart herauszubringen, und warum wir nicht in der Lage sind, etwas gemeinsam anzupacken. Es gab auch viele Gerüchte: angefangen von „s'Blättle hat sich vom SZ abgespalten, die Leute vom Blättle sind Sektierer“ bis hin zu noch haltloseren und bösseren Angriffen. Wir wollen hier noch einmal kurz darauf eingehen, wie es zu dieser Situation kam.

Als s'Blättle im September 1975 das erste Mal erschien, sagte uns das SZ wie z.B. Peter Grohmann eine solidarische Unterstützung zu, kam dieser auch nach in Form von inhaltlichen und finanziellen Beiträgen. Dies entsprach auch ganz der politischen Einstellung des SZ: nämlich Förderung jeglicher Art fortschritt-

licher Basisinitiativen. Über eine engere Mitarbeit beim Blättle (persönliche Beteiligung an der Redaktion) waren sich die SZ-Genossen zu dieser Zeit noch nicht im klaren. Geplant jedoch war ein gemeinsames Gespräch zwischen Blättle-Redaktion und genannten SZ-Genossen.

Ende Januar 1976 fand dieses Treffen statt (Blättle-Redaktion und SZ-Büroaussschuß). Im großen und ganzen lief die Kritik der SZ-Genossen darauf hinaus, s'Blättle sei zu „links“ und damit eine „Insider“-Zeitung. Mit der sozialistischen Perspektive müsse man z.Zt. noch vorsichtig sein, da der Mann auf der Straße dafür kein Verständnis habe. Eine Zeitung müsse mehr „Bürgernähe“ besitzen. Wir stimmten mit der Kritik, daß s'Blättle zu „links“ sei, nicht überein. Sie scheint uns auch um so unverständlicher, als im Konzept für das Stuttgarter Volksblatt: „Der Versuch, eine Stadtzeitung auf die Beine zu stellen“ zu lesen ist: „Die Stadtzeitung ... kann also nicht bloß Betrachter sein, sondern (auch) ein Motor der Kämpfe und Auseinandersetzungen. Sie ... ist aber auch wichtig für eine sozialistische Politik, denn: welche Möglichkeiten haben wir – wenn es konkret um unseren Lebensraum geht – sozialistische Politik an die Öffentlichkeit zu bringen.“ Auf der anderen Seite geben wir offen zu, daß s'Blättle auf dem Gebiet der kommunalen Berichterstattung noch verbessert und erweitert werden muß, um eine größere Verbreitung zu erlangen. Wir waren, deshalb auch besonders daran interessiert, daß das SZ noch intensiver am Blättle mitarbeitet: schon allein deshalb, weil das SZ über die Verbindung zum PFB (Parteifreies Bündnis Eberle, d.Red.) besonders reiche Informationen über Kommunales besitzt.

Nach diesem Treffen verblieben wir aus verschiedenen Quellen, daß das PFB in Zusammenarbeit mit dem Kritischen Forum und dem SZ das Projekt eines „Stuttgarter Volksblattes“ in Angriff genommen hatte. Es erschien ein Konzept: „Der Versuch, eine Stadtzeitung auf die Beine zu stellen“ (vielleicht erinnert sich der aufmerksame Leser an dieselbe Überschrift der Selbstdarstellung im Blättle Nr. 0). Dieses Konzept widerspricht eindeutig der Versicherung, das Stuttgarter Volksblatt sei keine Konkurrenz fürs Blättle, denn es beinhaltet ganz ähnliche Ziele, wie sie schon im Blättle formuliert wurden:

- Berichterstattung aus der Sicht der Betroffenen
- Hinweis auf alternative Aktionen
- Zusammenarbeit aller fortschrittlichen Kräfte
- Gegenpol zur bürgerlichen Berichterstattung

Ende April erschien das erste Stuttgarter Volksblatt. Es zeigt sich, daß das Stuttgarter Volksblatt einen ähnlichen Leserkreis erreichen will wie s'Blättle.

Es heißt unter anderem darin: „Wir wünschen uns, daß das Stuttgarter Volksblatt zu einem kritischen Forum wird für alle Probleme, die die Stuttgarter Bevölkerung betreffen“ und zuletzt: „Diese Zeitung soll offen sein für viele politische Strömungen. Sie will versuchen, das Trennende zunächst im Rahmen dieser Stadt überwinden zu helfen.“

Dieser Brief ist offensiv. Soll er auch sein, damit sich einige Leute, die sich bisher geflüssentlich um eine Auseinandersetzung gedrückt haben, an einen gemeinsamen Tisch setzen, um mit uns offen und solidarisch zu diskutieren. Wir wollen keine moralischen Vorwürfe gegenüber irgendwelchen Leuten vorbringen. Es geht uns vielmehr um den politischen Aspekt dieser Sache.

Angeht die Situation, daß die Kapitalisten und ihre Regierung z.Zt. immer offensiver gegen jede fortschrittliche Initiative vorgehen und selbst demokratische Grundrechte mehr und mehr einschränken, halten wir eine verstärkte Zusammenarbeit der Linken

61. Blatt

Stadtzeitung für München

Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen vorteilhaft oder bevorzugt werden.

ZENSUR

(1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Schrift und Wort frei zu äußern.

Das Blatt gibt es seit drei Jahren. Es wird gemacht von einem Kollektiv von sechs Leuten, die auch davon leben, ein paar festen Mitarbeitern und einer Menge Helfershelfern, linken Gruppen, Projekten und Einzelnen, die im Blatt ein Forum der Gegenöffentlichkeit sehen und es auch als solches verwenden. Das Blatt erscheint alle 14 Tage in einer Auflage von z.Zt. über 10.000 Exemplaren, die im Eigenvertrieb über Kioske, Buchläden, Theater, Kinos, Kneipen, Hochschulen, Abonnements und Handverkäufer verkauft werden.

Das Blatt ist eine Zeitung von unten für unten. Es versucht, Nachrichten zu vermitteln, die

- Für jeden einzelnen im täglichen Leben praktisch zu verwenden sind:
 - billiger bis kostenloser Kleinanzeigenflohmarkt
 - Kino-, Musik-, Theater-, Fernseh- und Radioprogramme und Veranstaltungen im Raum München. Besprechungen von Filmen, Theaterstücken, Platten, Büchern und Musikveranstaltungen
 - Billige Sachen aller Art
 - Adressen, Termine von Gruppen
 - Gewerbliche Anzeigen von Kneipen, Boutiquen, Musiklokale, Filmverlagen und Kinos, Konzerten
 - Quatsch/Unsinn + Cartoons, Comics, Schmuddelzeug, Spaß.
- Andere Ansätze, die bestehenden aufzeigen und über alternative Lebensformen aus allen Bereichen berichten.
- Initiativen unterstützen, die nicht von Parteien und Geldgebern getragen werden, sondern in Selbstorganisation entstehen.
- Meinungen von gesellschaftlich alternativen Gruppen möglichst authentisch in Form von Selbstdarstellungen und Dokumenten wiedergeben, ohne sie nach eigener Fassung aufzumotzen oder einzufärben.
- Stellung beziehen zu Themen, die von Massenmedien für nicht so wichtig erachtet, unterdrückt oder verzerrt wiedergegeben werden („Selbst“ Morde im Knast, Übergriffe von Polizei und Staatsanwaltschaft, Neue Gesetzesentwürfe wie die Todesstrafebestimmung, Maulkorbgesetze, Gewerkschaftspolitik).
- Zeigen, daß Widerstand gegen staatliche Unterdrückungsmaßnahmen und Einschränkungen der Freiheitsrechte möglich ist.

Was in die Zeitung reinkommt, bestimmt eine (vorerst) halböffentliche Redaktionskonferenz, die sich aus dem Blatt-Kollektiv, den Mitarbeitern und den jeweiligen Artikelschreibern zusammensetzt.

Es gibt kein Statut, kein Programm und keine starre Linie. Probleme werden ad hoc geklärt oder auch nicht. Kriterien zur Artikelauswahl ergeben sich praktisch aus den oben angeführten Punkten, ohne sich dogmatisch daran zu klammern.

Wir wollen zeigen, daß es ohne Druck und Maßnahmen von oben möglich ist, sich zu organisieren und das geht nun einmal nur auf der linken Seite des Spektrums.

Und das ist für die Staatsgewalt Grund genug, mit Strafbefehlen, Prozessen und Beschlagnahme gegen uns vorzugehen. "

KLENKES, ZEITUNG AACHENER BÜRGERINITIATIVEN

"Auch „oben“ sieht man sich langsam gezwungen, den „KLENKES“ zur Kenntnis zu nehmen – aber man ist dort nicht besonders gut darauf zu sprechen. Das offizielle Aachen reagierte deshalb bisher auf zweierlei Weise:

- einmal, indem man sich einfach über uns ausschwie, einfach nichts an die Öffentlichkeit gelangen ließ über uns. „Aachener Volkszeitung“ (AVZ) und „Aachener Nachrichten“ (AN) spielten da bereitwillig mit. Aber so richtig klappt das auch nicht mehr, zumal inzwischen auch der „SPIEGEL“ (Nr. 16 vom 12.4.76) und das Fernsehen (Sendung über das Kölner VolksBlatt vom 12.4.76) bemerkt haben, daß es uns gibt.
- Deshalb versucht man zweitens, wo immer möglich zu verhindern, daß sich Gruppen oder einzelne Bürger an uns wenden. Z.B., indem man der Gruppe X die Kürzung von Zuschüssen androht. Oder, indem man dem Parteifreund Y Schwierigkeiten macht für den Fall, daß er für den „Klenkes“ schreibt.



Oft werden wir beim Straßenverkauf gefragt: „Ja, wer steckt denn da hinter?“ „Für welche Partei macht ihr denn das?“ – Für gar keine. Also: Finanzieren müssen wir uns selbst, durch den Verkauf der Zeitung.

Hinter uns steckt auch keine Partei. Natürlich ergreifen wir Partei. Wollen die mal zu Wort kommen lassen bzw. aus der Sicht derer schreiben, die sonst immer von Politikern, Parteien und „normalen“ Zeitungen bevormundet werden: Arbeiter im Kampf um ihre Arbeitsplätze; Mieter, die sich gegen die Willkür der Eigentümer wenden, Frauen, die sich aus fremder Bevormundung lösen wollen; Lehrlinge, Schüler, Kinder und natürlich Bürgerinitiativen, auf die wir uns besonders stützen.

In einem Kommentar zur Fernsehsendung über das Kölner VolksBlatt, eine ähnliche Zeitung wie der „Klenkes“, nennt die AVZ das „einseitige Berichterstattung“ und fügt noch hinzu: „... Effekthascherei mit rücksichtslosen Methoden dient nicht den Interessen des Bürgers.“

Nun, welchen Interessen dient die AVZ? Sie ist schnell dabei, wenn es gilt, Meinungen und Nachrichten, von höherer Warte aus gesehen, abzudrucken; aber da, wo die Tatsachen mit dem AVZ-BILD vom sozialen Frieden und Sozialpartnerschaft nicht zu vereinbaren sind, wo Bürger sich wehren, wo Interessengegensätze nicht mehr zu verkleistern sind, schweigt sie sich aus – oder nimmt erst einmal Rücksprache mit offiziellen Stellen."

Auffassung von einer Zeitung entsprechen." Nur hierum kann es u.E. inhaltlich gehen im Hinblick auf diese Ordnung, und es ist von völlig nebensächlicher Bedeutung, ob der Schrifttyp diesen oder jenen Charakter hat, oder wieviele Proportionen er vorweisen kann. Wie merkwürdig diese Entscheidung sich ausnimmt, mag man etwa daran sehen, daß unter vielen anderen eine Schrift wie die „Deutsche Schachzeitung“ (A 21568 E) im Postvertrieb ist, wiewohl sie im Gegensatz zum „Kölner Volksblatt“ weit weniger einer üblichen Zeitung entspricht. Aber sie ist auf einer IBM-Maschine geschrieben. Wobei wir diesen Hinweis nicht als Diskriminierung der Schachzeitung verstanden wissen wollen, sondern als Kritik an der eher uns diskriminierenden Entscheidungspraxis der Behörde.

Da wir nun nicht darauf warten wollen, bis der Streit vor dem Verwaltungsgericht beendet ist, zumal die Sachbearbeiter offensichtlich vorhaben, bis zur letzten Instanz zu gehen, weil sie ihm grundsätzliche Bedeutung beimessen, wollen wir auf diesem Wege eine Lösung von Ihnen erwirken. Denn die Verwaltungspraxis ist umso absurder, als andererseits von den verantwortlichen Politikern immer wieder die derzeitige ökonomische und politische Vereinseitigung der Presse bedauert wird und man gerade die kleinen Blätter zu unterstützen verspricht.

Wir fordern Sie daher auf, den Vorgang dieser Dienststelle zu überprüfen und von Ihrer Position als Politiker und vorgesetzter Minister eine Entscheidung zu fällen: das „Kölner Volksblatt“ zum Postzeitungsdienst zuzulassen."

Das Ministerium antwortet darauf vorschrittmäßig:

„Der Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen;

Für Zulassungsfragen im Postzeitungsdienst sind die Verlagspostämter, im vorliegenden Fall das Postamt Köln 1, zuständig. Die Erteilung der Widerspruchsbescheide wiederum ist Sache der Mittelbehörden, in Ihrem Fall der Oberpostdirektion Köln, deren Präsident die Deutsche Bundespost auch in dem anhängigen Verwaltungsstreitverfahren vertritt. Es besteht keine Veranlassung, von hier aus in ein Verfahren einzugreifen, für das die Oberpostdirektion Köln zuständig ist, u. U. mit der Maßgabe, ein aufgrund der Sach- und Rechtslage gebotenes Vorgehen zu korrigieren. Dies insbesondere deswegen, weil einem derartigen Urteil eine wichtige Präzedenzwirkung zukommt, die die Deutsche Bundespost zu außerordentlich kostenrelevanten Maßnahmen zwingen könnte."

Zum Stand des Prozesses und zur Absprache von Unterstützungsaktionen ist das Volksblatt unter folgender Adresse zu erreichen: Kölner Volksblatt: Hohenzollernring 97, 5000 Köln 1, Tel.: 0221/ 52 97 94.

JUSO MIT DEM 'KÖLNER VOLKSBLATT' SOLIDARISCH

ERFTSTADT—FRIESHEIM
(ID)
26.Juli

In einem einstimmig angenommenen Antrag haben die Jungsozialisten des SPD-Unterbezirks Erftkreis auf ihrer letzten

Unterbezirksdelegiertenkonferenz den Bundespostminister Gscheide aufgefodert, die Oberpostdirektion Köln anzuweisen, das „Kölner Volksblatt“ zum Postzeitungsdienst zuzulassen und die diesbezügliche Revisionsklage beim Oberverwaltungsgericht Münster zurückzuziehen.

In der Antragsbegründung heißt es: „die Oberpostdirektion Köln versagt dem „Kölner Volksblatt“ die Zulassung zum preisgünstigen Postzeitungsdienst mit dem lächerlichen Argument, das Volksblatt sei „nicht zeitungsfähig“, weil es nicht mit IBM-Maschinen erstellt werde. Das Volksblatt ist als Informationsträger in Köln und Umgebung einzigartig und unersetzlich, da es Informationen über Basisarbeit und Bürgerinitiativen sowie über Manipulationen der Verwaltungen und öffentlichen Instanzen bringt, die vor der kommerziellen Presse totgeschwiegen werden. Das Vorgehen der Oberpostdirektion Köln stellt in unseren Augen einen Versuch dar, eine demokratische Zeitung zu unterdrücken, weil sie politisch unbequem ist“.

ALTERNATIV-PRESSE-ADRESSEN

„KLENKES“, Oppenhoffallee 107, 5100 Aachen, Tel.: 0241/ 50 77 66

„Fliegenpilz“ Helmuth Bolle, Litauenring 7, 5760 Arnsberg 1
Bergisches Volksblatt Martin Jenn, Clemensstr. 7, 5070 Bergisch-Gladbach, Tel.: 02202/79 663

„IZ Wedding“ B. Müller, Pottbusser Str. 31, 1000 Berlin 65
Info BUG c/o Sozialistisches Zentrum, Stefanstr. 60, 1000 Berlin 21, Tel.: 030/ 395 80 83

„Keule“ Oranienstr. 188, 1000 Berlin 36

„Radikal“ Karl Utsch, Schwalbacherstr. 6 a, 1000 Berlin 41, Tel.: 030/ 821 06 41

„KOZ“ Kreuzberger Stadtteilzeitung Karin Fröhlich, Friedrichstr. 31, 1000 Berlin 61, Tel.: 030/ 257 88 32

„Guten Morgen“ Ulli Kröger, Gliesmaroderstr. 127, 3300 Braunschweig

„Was lefft“ Erlanger Stadtzeitung, Moltkestr. 9, 8520 Erlangen

„ID“, Postfach 900 343, 6000 Frankfurt 90, Tel.: 0611/ 70 43 52

„Hauptwache“ und

„Lateineuropa“, Arndtstr. 31, 6000 Frankfurt 1, Tel.: 0611/ 74 66 33

„Die andere Zeitung“, Alexanderstr. 49, 6000 Frankfurt 90, Tel.: 0611/ 78 16 69

Stadtzeitung für Freiburg, Adlerstr. 5, 7800 Freiburg, Tel.: 0761/ 336 50

blätter des iz3W, Postfach 5328, 7800 Freiburg

Freisinger Stadtzeitung Sibylle Kalusche, 8051 Orlfing 4, Tel.: 08167/ 356

LAZ - Ladenzeitung der AG Provinz im VLB & Stadtzeitungsinitiative Fulda Sofa Buchladen, Ohmstr. 14, 6400 Fulda

„Neue Gladbecker Zeitung“ Margit Fischer, Zum Brink 23, 4390 Gladbeck

Info HUG c/o Schwarzmarkt, Bundesstr. 9, 2000 Hamburg 9

„Große Freiheit“ Hälfte des Himmels, Schiüterstr. 79, 2000 Hamburg 13, Tel.: 040/ 410 42 62

„Die Zeitung“ - Jugendzeitung Lübeck Nils-Holger Schomann, Börnestr. 17, 2000 Hamburg 76, Tel.: 040/ 200 41 81

Fragezeichen Internationalismus Buchladen, Postfach 3003, Königsworther Str. 19, 3000 Hannover, Tel.: 0511/ 171 73

„Heidelberger Rundschau“ Postfach 102 860, 6900 Heidelberg, Tel.: 06221/ 13 269

Carlo Sponti, Rohrbacherstr. 160, 6900 Heidelberg

Hildesheimer Initiativ-Zeitung Margit Hilbig, Ahornweg 23, 3200 Hildesheim

Stadtzeitung Zeche-Marie-Weg 7, 3500 Kassel, Tel.: 0561/ 40 31 44

Befreiung Ralf Stein, Postfach 101 826, 5000 Köln 1

Kölsche Klügel, Zülpicher Str. 197, 5000 Köln 41

Helnzepress, Gereonsmühlengasse 24, 5000 Köln 1

„Kölner Volksblatt“, Hohenzollernring 97, 5000 Köln, Tel.: 0221/ 52 97 94

„Neue Seebütter“, Höhenweg 43, 7750 Konstanz, Tel.: 07531/ 63 215, 54 746

„Kriewelsches“ Theo Mostert, Hauptstr. 402, 4150 Krefeld-Opium

„Kompost - Grüne Kraft“ W. Piper, 6941 Lohrbach im Odenwald

„Haidhauser Nachrichten“, Elsässerstr. 9, 8000 München 80

„Blatt“, Adelgundenstr. 18, 8000 München 22, Tel.: 089/ 223 221

„Perlach aktuell“ Klaus Bärner, Karl-Marx-Ring 51, 8000 München 83, Tel.: 089/67 07 117

„Knipperdolling“ D. Schnack, Schillerstr. 74a, 4400 Münster, Tel.: 0251/ 66 12 17

"Ruhr VolksBlatt" Ralf Mattes, Werrastr. 1c, 4200 Oberhausen-Eisenheim

"Passauer kleine Zeitung" Ldudwigstr. 4, 8390 Passau, T.0851/35563

Stadtzeitung Saarbrücken Jers Jacobi, St.-Johanner-Markt 21, 6600 Saarbrücken, Tel.: 0681/ 372 46

Hochrhein VolksBlatt, c/o SB, Friedrichstr. 77, 7880 Säckingen
s/Schorndorfer Blättle Tilmann Bornefeld, Stericher Weg 25, 7060 Schorndorf, Tel: 07181/ 671 81, 684 08

Jugendzeitung „Konflikt“ Frank-Werner Pilgram, Opferfeldstr. 14, 5650 Solingen, Tel.: 02122/ 31 44 49

„s'Blättle“, Baumreute 34, 7000 Stuttgart 1, Tel.: 0711/ 60 64 57
„Stettener Dorfzeitung“ C. Böhringer, Schillerstr. 5, 7055 Stetten, Tel.: 07151/ 447 69

„Freie Presse“ Horst Stowasser, Postfach 1704, 6330 Wetzlar
„Provinz“ Jürgen Wallbaum, Dotzheimer Str. 72, 6200 Wiesbaden Tel.: 06121/ 488 36

„Klartexte“ Verlag Ursula Lücking, Scharnhorststr. 32, 6200 Wiesbaden, Tel.: 06121/ 48 182

Würzburger Alternative Ali Schuster, Spessartstr. 49, 8700 Würzburg, Tel.: 0931/ 41 23 48

„Wat löppt“ c/o Börse, Viehhofstr. 125, 5600 Wuppertal, Tel.: 0202/43 5050

„Ronsdorfer Zeitung“ Ulrich Schwebinghaus, Erbschlöcher Str. 115, 5600 Wuppertal 21, Tel.: 0202/ 46 60 55

s/Zöndhölzli, Nafenackerstr. 5, CH-9003 St. Gallen

ZEITUNGSINITIATIVEN:

Volksblattinitiative Anette Brünger, Lerchenstr. 60b, 4800 Bielefeld

Initiative Regensburg Wolf Rüdiger Weiß, Am Hetschenberg 4, 8401 Piesenkofen — Post Obertraubing

Dortmunder Volksblatt Peter Klemens, Lübecker Str. 24a, 4600 Dortmund, Tel.: 0231/ 52 48 91

Zeitungsalternative Ingrid Blauth, Zeil 1, 6000 Frankfurt 1, Tel.: 0611/ 29 55 69

Film Faust B. Steinborn, Schumannstr. 64, 6000 Frankfurt 1, Tel.: 0611/ 74 92 30

Initiative Wolfgang Prella, M.-Henkel-Str. 1, 6400 Fulda

Hagener Volksblattinitiative e. V. Jörg Hoppe, Hochstr. 50, 5800 Hagen

Arbeitsgruppe „Volk im Bild“ Gneisenastr. 34, 2000 Hamburg 20

Initiative Regensburg Wolf-Rüdiger Weiß, Am Hetschenberg 4, 8401 Piesenkofen — Post Obertraubing

Wolfgang Meier, Gleiwitzer Str. 2, 4350 Recklinghausen, Tel.: 02361/ 45 295

Kurt Unger, Ardeystr. 193, 5810 Witten

Zielgruppen/Zeitungs/Projekt Karl-Renner-Institut, Rechte Wienzeile 97, A-1050 Wien

Benno Meyer, Mozartstr. 1, 5200 Siegburg



ALTERNATIVE PRESSEDIENSTE IM AUSLAND

Die Diffamierung der internationalen Studentenbewegung durch die herrschende Presse und die tendenziöse Berichterstattung von "unabhängigen" Presseagenturen, die wie man heute weiß weitgehend von den Geheimdiensten infiltriert sind, führten ab 1968 zur Gründung von "alternativen" Pressediensten. Vorbild waren für viele der amerikanischen LNS und die französische APL. Der ID, dessen erste Nummer im August 1973 erschien (noch mit der Bezeichnung Sozialistische Presse Agentur) entstand in diesem Zusammenhang und bezog seine Auslandsnachrichten zu großen Teil von diesen alternativen Pressediensten. Wir geben einen kurzen Ausschnitt aus den Pressediensten und Zeitungen, mit denen wir zusammenarbeiten: In Klammern das Kürzel dafür.

FRANKREICH

(libe') LIBERATION
27, Rue de Lorraine
75019 Paris
Tel: 202 90 60



Die Tageszeitung entstand im Sommer 1973 aus einer linken Presseagentur, der "Agence de Presse Libération" und ist seitdem das wichtigste Kommunikationsorgan der nicht Parteigebundenen französischen Linken. Sie bringt neben Nachrichten aus Frankreich und aller Welt, ausführliche Recherchen und bietet sich mit ihrem Leserbrief und Kleinanzeigenteil, sowie durch Überlassen von Sonderseiten den verschiedensten politischen Gruppen als Sprachrohr an. Durch die Veröffentlichung von Namen von CIA-Agenten wurde sie auch im weiteren Ausland bekannt.

Preis: 1,50 Franc Abo-Ausland: 55 Franc je Monat



(ph) POLITIQUE HEBDO
14, Rue des petits Hotels
75010 Paris
Zel. 2467252



"Politische Wochenzeitschrift", die Artikel aus der nicht Partei-gebundenen Linken und Einschätzungen zur Situation der französischen Linksradikalen bringt. Korrespondentenberichte aus der internationalen Bewegung. Gibt noch die Monatszeitschrift "Politique Aujourd'hui" heraus.

Preis: 4 Franc, 180 Franc im Jahr

LA GUEULE OUVERTE



(go) LA GUEULE OUVERTE
8, Rue de Conde
75006 Paris
Tel. 0334702

Das "offene Maul" erscheint wöchentlich und bringt vorwiegend ökologische Artikel über die Ant-KKW-Bewegung, alternative Energieerzeugungssysteme, Landkommunen, Weinbau, Kriegsdienstverweigerern, gealtfreie Aktionen usw. Alles sehr lockere Verpackung mit vielen Comics von Reiser. Aktuell in sehr großen Geldnöten!

Preis: 4 Franc, 50 Franc das drei-Monats Abo.

BELGIEN

(apl-b) AGENCE DE PRESSE LIBERATION BELGIQUE

35, rue de l'inquisition
104 1040 BRUXELLES
tel. 735.42.97

Die belgische Presseagentur wurde nach dem Vorbild der französischen apl gegründet und bringt wöchentlich (früher dreimal wöchentlich) ein hektografiertes Nachrichtenbulletin mit Nachrichten aus der Arbeiterbewegung und alternativ-szene Belgiens sowie einem sehr guten Auslandteil heraus. Angeschlossen ist eine APL-Foto und eine flämische Agentur "Bevrijdings Pers Agentschap". Preis pro Nummer 15 FB, Abonnement: 15 Ex-300 FB.



POUR Pour écrire la liberté / ASBL
22 rue de la Concorde
1050 BRUXELLES
tel. 513.57.87

Wochenzeitschrift, die von einem Kollektiv herausgegeben, Themen aus der Arbeiterbewegung und linken Szene ausführlich behandelt und kommentiert. Ab und zu Sondernummern wie zum Beispiel Homosexualität, Massenverkehrsmittel... Preis 15 FB, Abonnement: für 6 Monate 450 FB, 1x Jahr 850 FB

SCHWEIZ

(zd) ZEITDIENST zur sozialistischen Information und Diskussion
Postfach 195
8025 Zürich
tel. 32 26 74

Der Zürische Zeitdienst erscheint im 29. Jahrgang wöchentlich im Heftformat mit Nachrichten für die linke Bewegung in der Schweiz. Preis: 90 Rp., Abo 6 Mo. 26 Sf., 1 Jahr 50 Sf.

(if) INTERFERENCES
Pour une critique des appareils d'information et de communication
B.P. 353.16
75768 Paris Cedex 16

Dreimonatsschrift auf Glanzpapier, versucht eine Kritik der Informations- und Kommunikationsapparate. Das anonyme Herausgeberkollektiv erregte durch die Aufdeckung der Abhöranlagen der Abhöranlagen der Pariser Polizei aufsehen. Artikel über Counterinsurgency-Strategien mit Hilfe von Computern, Abhöranlagen, Piratensender, alternative Technologien. Preis: 12 F., Jahresabo 44F.

focus FOCUS - verlag
Postfach 161
8033 Zürich
tel. 287700
Erscheint monatlich, ein politisches Magazin.



ENGLAND

(PNS) PEOPLES NEWS SERVICE
138 - 142, Drummond St.
London NW 1
tel. 01 388.08.48

Der mit kleineren Unterbrechungen seit Juni 73 bestehende PNS wurde nach dem Vorbild der damaligen APL in Paris gegründet. PNS wurde nach dem Vorbild der französischen APL gegründet. In einem hektografierten, gehefteten Bulletin bringt er 14-tägig Nachrichten über die linke Bewegung über Militär, Rassismus und Gefängnisse in England.

PNS ist Mitglied des englischen alternativen Pressesyndikats.
Preis 15 pence, Abo 10 Exemplare 2.35 Pfund

(ANS) ALTERNATIVE NEWS SERVICE
61 Goldbourne
62
61 Goldbourne Rd.
London W 10 5NR
tel. 01 969. 4951

Erscheint unregelmäßig in hektografiertem Bulletin.

ANS

*the GUARDIAN is an arsenal
of ideological ammunition*



GUARDIAN
The independent radical newsweekly
Guardian
33 West 17th St.
New York (NY) 10011
tel. (212) 691/0404

Das unabhängige Wochenmagazin bringt im Zeitungsformat Nachrichten und Meinungsbeiträge zur amerikanischen Arbeiterbewegung, Rassismus, FBI/CIA, Indianer etc. sowie über zu internationalen Befreiungsbewegungen und Vorgänge in den Entwicklungsländern.
Preis : 35 Cent, Abo 12.50 Dollar pro Jahr.

USA

LNS

(Lns) LIBERATION NEWS SERVICE
160, Claremont Ave.
NEW YORK (NY) 100 27
tel. 212/749.22.00

Existiert seit acht Jahren und erscheint zweimal wöchentlich. Jedes Exemplar besteht aus sieben bis zehn ungehefteten Blättern, davon auf Seiten Fotos
davon
Fotos
3 Fotoseiten. Das aus acht Journalisten bestehende Kollektiv gibt Nachrichten von Korrespondenten über die amerikanische Arbeiterbewegung, das Gesundheitssystem, Gefängnisse, Indianer, Rassismus etc., heraus. Gute Berichterstattung über A Südamerika und Südost-Asien. Abo 20 Dollar pro Monat, 140 Dollar im Jahr.

KANADA

OPEN ROAD (Issue One, Summer 1976)
The Open Road
Box 6135, Station G
Vancouver, B.C., Canada

Die kanadische Neuerscheinung berichtet über Stadtguerilla in Seattle, USA (George Jackson Brigade), Martin Sostre (ID 4 : USA), der nach neuen Jahren freigelassen wurde, über Phil Ochs und in einer Beilage über den "Mord auf Raten an Ulrike Meinhof", über Katharina Hammerschmidt, Valpreda, P.P.Zahl und andere Opfer von Justiz und Polizei.

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
D 1870 CX
Informations-Dienst
Postfach 90 03 43 6 Ffm. 90

903R 146

1

H.U. DILLMANN

ZUELPICHER STR. 259

D-5000 KOELN 41

INITIATIVE „BILDERDIENST IM ID“

ZIELE

Die überall aus dem Boden schießenden Volksblätter, Stadt- und Alternativzeitungen legen den Gedanken nahe, einen zentralen Bilderdienst zu organisieren.

Aufgabe des Bilderdienstes soll es sein, diejenigen Photographien einer weiteren Verbreitung zugänglich zu machen, die in ihren Aussagen und Inhalten die in der Alternativpresse behandelten Themen illustrieren.

Wir vermuten, daß viele Photographien in Dunkelkammern liegen bleiben, obwohl sie in linken Zeitungen, auf Flugblättern, Wandtafeln usw. abgedruckt werden können.

Deshalb fordern wir alle Photographen und Knipser auf, eure „vor Ort“ gemachten Fotos, Plakate und Monatgen auf dem von uns vorgeschlagenen Weg dem linken Blätterwald zugänglich zu machen.



PREISFRAGE

Honorare an die Hersteller der Bilder können wir nicht zahlen, weil wir von vornherein davon ausgehen, daß die Abnehmer finanzschwach sind und den Agenturpreis von DM 35,- pro Foto nicht aufbringen können. Der Bilderdienst muß kostendeckend arbeiten (Porto, Büro, Reproduktion, Material etc.). Die Gebühren werden zwischen DM 5,- und DM 10,- betragen.

KONTAKT

Zu erreichen sind wir in Frankfurt beim „Informationsdienst /ID“, Postfach 00340, Hamburger Allee 45, 6000 Frankfurt, Tel.: 0611/ 70 43 52